

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 848 spbn d

## Inhalt

Helmut Rohde MdB, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD, stellt der Bundesregierung Fragen: Nach hundert Tagen aus dem Konzept.

Seite 1

Klaus Daubertshäuser MdB erklärt, das Minister Dollinger an das Geld der deutschen Autofahrer will: Durchsichtiger Trick.

Seite 3

Gudrun Weyel MdB befürchtet, daß der Geist der Bundeswehr ein Ungeist wird: Ein garstig Lied.

Seite 4

Hedda Jungfer MdL schildert, wie die CSU die Frauen aus dem Erwerbsleben drängen will: Unchristliche Heuchelei.

Seite 5

Dietrich Sperling MdB reicht Wende-Empfehlungen nach: Fachleute geben Tips, wie's besser organisiert wird.

Seite 6

38. Jahrgang / 11

17. Januar 1983

Nach 100 Tagen aus dem Konzept

Fragen zur Politik der Bundesregierung

Von Helmut Rohde MdB

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

Ehe die Bundesregierung vor lauter Schwindel- und Betrugsvorwürfen die eigene Politik und ihre jüngsten Beschlüsse vergißt, erlauben wir uns Anfragen zur Sache:

1. Ist es nicht wahr, daß die Bundesregierung die nächsten Rentenanpassung erst zum Juli 1983 vornimmt, also ein halbes Jahr hinauszögert und aus dieser Verschiebung eine Dauereinrichtung machen will?
2. Stimmt es, daß die daraufhinfolgende Rentenanpassung nach dem Willen dieser Regierung erst wieder im Juli 1984 erfolgen soll? Ist es wahr oder nicht, daß auf diese Weise künftig die Anpassungsverzögerung insgesamt eineinhalb Jahre betragen wird? Ist das nun für die Betrugsrhetoriker eine Heldentat?
3. Trägt sich die Bundesregierung nicht mit der Absicht, zusätzlich nach dem 6. März einen steil ansteigenden Krankenversicherungsbeitrag einzuführen, der in kurzen Abständen auf mindestens fünf Prozent des Rentneinkommens klettern soll?
4. Plant die Bundesregierung nicht noch weitere Eingriffe? Stimmt es nicht, daß zusammengenommen die Dauerverschiebung der Rentenanpassung, der steile Krankenversicherungsbeitrag und anderen beabsichtigten Eingriffe zu einer Dynamisierung des Rentenniveaus nach unten führen würden?
5. Will die Regierung bestreiten, daß die Lohnpausen-Philosophie zu schwerwiegenden Auswirkungen auf die Finanzen der Rentenversicherung und ihre Liquidität führt?

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Der Inhalt dieses  
Publikums ist  
kostenlos



6. Ist es Schwindel, daran zu erinnern, daß führende Unionisten für eine umfassende Selbstbeteiligung der Versicherten im Krankheitsfall eintreten und diese Pläne nach dem 6. März in die Politik einführen wollen?
7. Ist den anklagenden und andere beschuldigenden Regierungsmitgliedern entgangen, welche Sorgen den Menschen aus der Bündelung von Mieterhöhungen, Einkommenseingriffen und aus dem veränderten Niveau sozialer Sicherheit erwachsen?
8. Ist es nicht wahr, daß nach der "Wende" vom Sommer auch der große Bereich der Altbauwohnungen in neue Mieterhöhungen einbezogen worden ist, gleichzeitig der Mieterschutz und das Wohngeld reduziert wurden und die Vorschläge zur Begrenzung der Baulandspekulation zurückgewiesen worden sind?
9. Ist es nicht richtig, darauf hinzuweisen, daß die Beschlüsse der Bundesregierung, künftig auch die Ausbildungsförderung berufsbezogener Bildungswege von Arbeiterkinder zu kürzen, im Gegensatz zu ihren Erklärungen steht, gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorzugehen?
10. Ist es nicht wahr, daß wegen der Beschneidung von Bildungswegen vor allem angesichts wachsender Technologie und Rationalisierung Gefahren der Arbeitslosigkeit zunehmen?
11. Ist es nun wahr oder nicht, daß zuerst der Gedanke, die hohen Einkommen nur mit einer rückzahlbaren und auch noch zu umgehenden Anleihe zu bedenken, als ein "Klasse-Einfall" in der Koalition gefeiert worden ist? Und jetzt? Was soll jetzt passieren, nachdem auch einigen Unionisten klar wurde, wie ungerecht es ist, dem einen Einkommensopfer auf Dauer abzuverlangen und dem anderen die Rückzahlung einer Anleihe in Aussicht zu stellen? Ist das nun Klasse- oder Klassencharakter? Wer hat denn nun bei all den Dementis der vergangenen Tage geschwindelt?
12. Sind nicht die Vertreter der Regierungskoalition wochenlang über die Sender getingelt, steuerlich gebe es kein Tabu, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes eingeschlossen? Und nun? War das alles der Schnee der Jahreszeit, gleichsam bis zum 6. März gedacht und dann der Patsch von morgen?

Diese Regierung hat schon ihr Kerbholz. So werden laufend Arbeitszeitverkürzungen versprochen, in Wahrheit aber haben dieselben Unions-Versprecher im vergangenen Jahr unsere konkreten Arbeitszeitvorschläge im Parlament abgelehnt. Auch alle Beschäftigungsvorschläge der SPD wurden zu Fall gebracht. Eines müssen wir zugeben: Als die frühere Koalition im Sommer auf Drängen der FDP eine siebentägige Eigenbeteiligung bei Krankenhausaufenthalt festlegte, haben vor allem CDU-Sozialausschüssler empört erklärt, das würden sie ändern. Sie haben ihr Wort gehalten: Die Frist wurde auf 14 Tage erhöht.

Nur Vorwürfe, nur Anklagen, zwischendurch Versprechungen, soll das nun der Wahlkampf in der Krise werden? Dies alles erscheint mehr als ein Bündel von Signalen dafür, wie eine Regierung aus dem inneren Lot gerät. Kann sie nicht mehr für ihre eigene Sache kämpfen, nur noch auf andere einzuprügeln?

Soweit sind sie nun gekommen - schon in hundert Tagen. Herr Genscher und Herr Kohl, jetzt haben sie ihre "Wende".  
(-/17.1.1983/ks/ca)

\* \* \*



Durchsichtiger Trick  
-----

Eigentlich will Dollinger an das Geld der deutschen Autofahrer

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Bundesverkehrsminister Dollinger hat am Wochenende angekündigt, daß er sich bei der Europäischen Gemeinschaft dafür einsetzen will, den bundesdeutschen Autofahrern künftig die Gebühren auf den Autobahnen der EG-Partner zu erlassen. Man kann getrost davon ausgehen, daß daraus nichts wird. Rechtliche Gründe sprechen dagegen. Dollinger wird sich dann auch wieder für eine Abgabe, die Ausländer für die Benutzung der deutschen Autobahnen bezahlen sollen, stark machen. Denn das ist sein eigentliches Ziel.

Autobahnabgaben nur für Ausländer sind aber rechtlich nicht möglich. Die Europäische Gemeinschaft schreibt ihren Mitgliedstaaten verbindlich vor, daß es keine unterschiedliche Behandlung von Bürgern des eigenen Staates und denen aus anderen Gemeinschaftstaaten geben darf. Und auch eine Beschränkung der Abgabe auf Ausländer, die aus Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft stammen, wäre ein Bruch der bisherigen völkerrechtlichen Praxis und dürfte folgenschwere Maßnahmen des Auslandes gegen die Bundesrepublik nach sich ziehen. Aus diesem Grund bitten alle die Staaten, die Mautgebühren eingeführt haben, sowohl ihre eigenen Bürger als auch die Ausländer zur Kasse. Dies weiß auch Bundesverkehrsminister Dollinger, oder zumindest sollte er es wissen.

Ein Verdacht ist nicht auszuräumen: Dollinger hat es in Wahrheit auf das Geld der deutschen Autofahrer abgesehen, die die Autobahn ungleich häufiger benutzen als alle Ausländer zusammengenommen. Um an das große Geld der eigenen Landsleute heranzukommen, wird der durchsichtige Trick mit den Ausländern vorgeschoben.

Ein neuer tiefer Griff in den Geldbeutel der deutschen Autofahrer? Offenbar ist das die große Wende in der Verkehrspolitik der CDU/CSU. (-/17.1.1983/ks/ca)

+ + +



Ein garstig Lied  
-----

Der Geist der Bundeswehr ein Ungeist?

Von Gudrun Weyel

Mitglied des Deutschen Bundestages

"Wo man singt, da laß Dich ruhig nieder", so beginnt ein Lied, und tatsächlich gehört gemeinsames Singen zum geselligen Leben vieler Gruppen. Auch dem Wanderer oder Marschierer soll das gemeinsame Lied oder die Musik zur Erleichterung der Vorwärtsbewegung dienen und Ermüdungserscheinungen überwinden helfen.

Da ist es nicht verwunderlich, daß auch in der Bundeswehr dieser Brauch gepflegt wird, beim Marschieren wie beim Abend unter Kameraden. Und damit viele gemeinsam singen können, gibt es das Liederbuch der Bundeswehr, mit Anregungen für die verschiedenen Waffengattungen, amtlich überprüft und abgesegnet und damit sozusagen rechtsverbindlich.

So weit - so gut: Aber wie bringt man den Rekruten dazu, das vom Vorgesetzten für passend erachtete Lied zu lernen? Ganz einfach: Die Bundeswehr ist - wie jede Armee - als Organisation auf Befehl und Gehorsam aufgebaut. Im Rahmen der Formalausbildung wird also das Textlernen befohlen, und meistens sind die Soldaten dazu bereit und freuen sich ihres Gesangs.

Plötzlich aber ist einer dabei, der über den Text eines Liedes nachdenkt - so geschehen in Westerburg im schönen Westerwald beim "Panzerlied". Er will nicht lernen, und er will nicht singen. "... und kehren wir nicht mehr zur Heimat zurück, trifft uns die Todeskugel, ruft uns das Schicksal ab, dann ist unser Panzer ein ehernes Grab."

Der Zugführer erklärt ihm, daß er damit einen Befehl verweigere, was disziplinarrechtliche Folgen habe. Der Soldat bleibt bei seiner Ablehnung und auch der Einsatz weiterer Vorgesetzter und ihrer Vorhaltungen bleibt ohne Erfolg. Man kann sich so einen jungen Menschen in dieser Situation gut vorstellen: Je mehr auf ihn eingeredet wird, um so störrischer wird er. Das Ende vom Lied: Sieben Tage Arrest, bestätigt durch das Truppendienstgericht.

Man könnte darüber lachen, wenn es nicht tatsächlich geschehen wäre und als Demonstration des Grundsatzes "Befehl und Gehorsam" benutzt würde. Niemand bestreitet, daß dieses Prinzip bei einer Armee notwendig ist, damit sie ihre Aufgaben erfüllen kann. Aber die Frage bleibt, wo das Prinzip seine Grenzen hat.

Die Erinnerung an Zeiten, in denen mit Worten "Befehl ist Befehl" jede Eigenverantwortung ausgeschlossen wurde, ist noch wach. Nicht umsonst wird die Pflicht zum Gehorsam für den Soldaten gesetzwidrig ist oder zu gesetzwidrigem Tun auffordert.

Es bleibt jene Zone offen, die zwischen dienstlichen Erfordernissen der Bundeswehr und dem kritischen Denken oder dem Recht auf eigene Meinung des Soldaten liegt. Dafür gibt es auch noch den Wehrbeauftragten, an den sich Soldaten wenden können. Aber es wäre wohl besser, wenn solche Vermittlung nicht notwendig wäre.

Deshalb ist die Bundesregierung, besonders der Verteidigungsminister gefragt, in welchen Fällen der Befehlsverweigerung sie disziplinarische Maßnahmen für angebracht hält und der Gelegenheit angemessen. Vielleicht sollte man bestimmte Bereiche aus diesem Befehlsbegriff ausklammern.

Ist es tatsächlich notwendig, die ganze Sache dann erneut aufzurollen und noch einmal eine Machtprobe zu versuchen, die zum gleichen Ergebnis führen muß und schließlich vor dem Gericht endet? Man mag das Geschehen für eine Bagatelle halten, aber es sagt viel über den Geist, der in unserer Bundeswehr herrscht. Deshalb sollte es ernst genommen werden.

+ + +

(-/17.1.1983/bgy/ca)

Unchristliche Heuchelei  
-----

Wie die CSU die Frauen aus dem Erwerbsleben drängen will

Von Hedda Jungfer MdL

Führende CSU-Politiker machen sich Gedanken über die Arbeitslosigkeit. Das ist sehr schön. Weil aber das einzige Rezept, das auf Dauer wirklich hilft - alle arbeiten etwas weniger- für konservative Politiker nichts ist als sozialistisches Teufelswerk, kommen bei den CSU-Denkern abenteuerliche - um nicht zu sagen grundrechtswidrige - Vorschläge heraus: Ehefrauen sollen gefälligst ihre Arbeitsplätze aufgeben. Und weil das per Gesetz nicht geht, werden unverhohlenen Arbeitgeber - öffentliche wie private - aufgefordert, moralischen Druck auszuüben.

Dies schlägt zum Beispiel Wilhelm Gastinger, CSU-MdL jüngst im Informationsdienst der CSU-Fraktion vor. Da wird gegen die "Doppelverdiener" polemisiert. Gemeint sind nicht etwa die echten Doppelverdiener, Personen mit zwei oder gar mehr Einkommen; nicht die Unternehmer, die gleichzeitig Mietshausbesitzer sind; nicht die Politiker mit Beraterverträgen, die Ministerialdirektoren mit zahllosen gutachterlichen Nebentätigkeiten. Gemeint sind Ehepartner, die beide erwerbstätig sind. Hier soll gefälligst einer verzichten. Zwar wird nicht ausdrücklich gesagt, daß dies die Frau zu sein habe. Aber was kann anderes gemeint sein, wenn in diesem Zusammenhang auch "der Direktor und Spitzenverdiener in der freien Wirtschaft" genannt wird, der "zusätzlich den Ehepartner im öffentlichen Dienst arbeiten lasse".

Voll zustimmen könnte man der Aussage von Herrn Gastinger: "Ein Verzicht (der Spitzenverdiener) auf einen Teil des Einkommens macht sie wirklich nicht zu Caritas-Fällen." Gleichzeitig aber läßt Max Streibl, CSU-Staatsminister, im Bayern-Kurier (Leitartikel am 8. Januar 1983) eine Breitseite los gegen Bestrebungen, den Spitzensteuersatz anzuheben. Und Strauß in seiner Regierungserklärung am 18. November 1982: "Abgabenlasten, die mehr als 50 Prozent des verdienten Einkommens betreffen, sind finanz- und wirtschaftspolitisch ebenso edenklich wie moralisch fragwürdig."

Damit wird deutlich, was Herr Gastinger meint. Verzichten soll nicht der "Spitzenverdiener" auf einen Teil "seines" Einkommens, sondern die Ehefrau auf ihre Erwerbstätigkeit. Dies zu verschleiern ist Heuchelei. Ich frage mich: Für wie dumm hält Herr Gastinger eigentlich die Frauen?

Das gezielte Herausdrängen der Frauen aus dem Arbeitsmarkt ist ein unsolidarischer, unchristlicher und zugleich untauglicher Versuch, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.  
(-/17.1.1983/ks/ca)

+ + +



Wende - Empfehlungen, nachgereicht

---

Fachleute geben Tips, wie's besser organisiert wird

Von Dr. Dietrich Sperling

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Forschungsgesellschaft für das Straßen- und Verkehrswesen hat einen neuen Entwurf für die "Richtlinien für die Anlage von Straßen" vorgelegt.

Der Teil E (für Erschließung) hat einen Abschnitt "Wendeanlagen", der von einer Bedeutung ist, die weit über das Straßenwesen hinausreicht.

Dort heißt es:

"Wendeanlagen können als Wendehammer, Wendekreis oder Wendeschleife ausgebildet werden."

Weiter heißt es:

"Wendehämmer fordern Rangiermanöver, während Wendekreise und Wendeschleifen vom gewählten Bemessungsfahrzeug in einem Zuge befahren werden können."

Die Benutzung von Wendehämmern ist also stets mit Rückwärtsbewegungen verbunden und führt zu erheblichen Problemen, wenn die Kopplung zu den eigenen Anhängern nicht ausreichend fest ist.

Zu Wendekreisen und Wendeschleifen heißt es:

"Wendekreise und Wendeschleifen führen zu Platzbildungen, die aus gestalterischen und verkehrstechnischen Gründen erwünscht sein können. Sie bieten viele Möglichkeiten kleinere Grünflächen und Parkstände vorzusehen. Bäume können Straßenbildung und Platzbildung verdeutlichen."

Wendekreise und Wendeschleifen sollen also auf jeden Fall mit "Grün" ausgestaltet werden.

Die richtungsweisende Funktion des Baumes ist bekannt und zu beachten.

Daran anknüpfend ist folgende Empfehlung zu sehen:

"Wendeanlagen sollen aus lenktechnischen Gründen asymmetrisch, linksseitig angeordnet werden."

Das sind die Empfehlungen der Leute, die von Wenden wirklich etwas verstehen.

Wendeline hätten sich vorher besser beraten lassen.

Wer eine Wende auf zu engem Radius vollführt, fliegt aus der Kurve und landet auf der Straße. Vor allem im Frühjahr, Anfang März, wenn die Straßen glitschig und der Verkehr besonders stark ist.

(-/17.1.1983/ks/ca)

+ + +

